

# In der Demokratie angekommen?\*

– Die Wege der DDR-Bürgerrechtler nach der Wende

Lee, No-Eun (Seoul National-Uni)

Es war ein Ereignis des Jahrhunderts; der Verlauf der Wiedervereinigung Deutschlands wurde durch die Medien Szene für Szene in die ganze Welt übertragen. Die Bevölkerung der DDR, die 40 Jahre lang unter der Diktatur gelebt und dadurch keine Demokratie-Erfahrungen gesammelt hatte, organisierte friedliche Demonstrationen: z. B. die Kerzen-Demonstrationen in Leipzig, Andachten und Fürbittgottesdienste für die Verhafteten, den Aufruf zu mehr Demokratie und Freiheit und die Diskussionsrunden über die Reform der DDR.

Die am Anfang nur wie eine kleine zufällige Unruhe wirkenden Versammlungen der Bevölkerung wurden immer größer und selbstbewußter und stürzten schließlich die Mauer und das DDR-Regime. An der Spitze dieses Ereignisses standen die Bürgerrechtler, die meistens schon seit den 80er Jahren in der Opposition aktiv waren und im Herbst 1989 dem Protest der Bevölkerung eine politische Dimension gaben und ihn zur Revolte führten.

Nach dem kurzen, aber nachwirkenden Zusammensein gehen die Wege der Bürgerbewegung und der Bevölkerungsmehrheit wieder auseinander. Bei der ersten demokratischen Wahl am 18. März 1990 hat das "Bündnis der Bürgerbewegung" nur 2,9 % der Stimmen gewonnen. In der Machtkonstellation, die nach dem Wahlergebnis neu hergestellt wurde, konnte die Bürgerbewegung nicht mehr eine meinungsbildende Rolle spielen. Ob und wie sie dann eine andere Rolle, nämlich eine machtüberwachende Rolle, die sie sich als ihre eigentliche Aufgabe zugeschrieben hatte, auch nach der Wende

---

\* 이 논문은 한국학술진흥재단의 지원에 의한 연구로 작성되었음. (KRF-2003-072-AM2009)

spielen konnte, danach soll in diesem Referat gefragt werden.

Nach 14 Jahren sind die Aufregung und Hoffnungen der Wiedervereinigung durch Enttäuschung und Ernüchterung - besonders in Ostdeutschland - abgelöst. In Bezug auf die Bürgerbewegung scheint die anfängliche Erwartung, dass sie „das Regulativ und der frische Wind“ im künftigen Parteienstaat sein werde, und die positive Bewertung, dass sie „der Anfang vom Ende der politischen Unmündigkeit von Frau, Kind und Mann“ sei, inzwischen bezweifelt zu werden.<sup>1</sup> Man spricht von „Historisierung“ und „Musealisierung“<sup>2</sup> der Bürgerbewegung und diagnostiziert, dass sie vergessen sei.

In diesem Referat geht es um eine grobe Topographie der DDR-Bürgerbewegung. Es soll danach gefragt werden, wie sie verstanden werden kann und welche verschiedenen Wege die Bürgerrechtler nach der Wende eingeschlagen haben. Es wird versucht, möglichst die Bürgerrechtler von sich reden zu lassen, daneben werden einige repräsentative Laufbahnen vorgestellt. Die Situierung der DDR-Bürgerbewegung in der Gegenwart ist insofern sinnvoll, als sie uns ein aktuelles Bild von der Gegenwart und Zukunft des vereinigten Deutschlands vermitteln kann.

## **I. Auf einem Weg zur Demokratie**

Die Bürgerbewegung während der Wende ist durch ihre Vielfalt zu kennzeichnen. Sie war „im Grunde genommen ein Sammelort für Menschen aller Coleur von rechts bis links“<sup>3</sup>, „christlich-demokratische, liberale und sozialdemokratische Ideen ergänzten sich mit grünem und alternativem Gedankengut.“<sup>4</sup> Trotz unüberbrückbarer Unterschiede

---

1 Bärbel Bohley: Kein Anlass zum Jubel, zum Jammern kein Grund. In: Dieppen, Eberhard (Hg.): Deutsche Einheit. Gedanken, Einsichten und Perspektiven, Berlin 2000, S. 52.

2 Lothar Probst: Westdeutsche Reaktionen auf das politische Erbe der ostdeutschen Bürgerbewegungen. In: Wir sind das Volk?: Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende: Andrea Pabst ... (Hg.) Mit Beitr. von Michael Beleites ..., Tübingen 2001, S. 79.

3 Bärbel Bohley: Übergangerscheinung oder Zukunftsmodell?, forum bürgerbewegung 3 (1995), S. 7, zitiert nach Probst, S. 89.

4 Joachim Gauck: Aus einem Interview mit Joachim Gauck. In: Lothar Probst, Der Norden

und der beharrlichen Spaltungsversuche durch die SED wurden sie aber durch ihre gemeinsame Zielsetzung für mehr Demokratie, Freiheit und Frieden zusammengehalten.

Am Runden Tisch, dem „Wende-Symbol“, haben die Vertreter der Bürgerbewegung versucht, die SED zu überwachen und Demokratie zu fördern.<sup>5</sup> Aufgrund der Stimmrechts-Parität hatte jede Vereinigung ein Stimmrecht, und Entscheidungen fielen nach den Regeln der einfachen Mehrheit. Durch diese ‘harte Schule’ der Demokratie wurden die ostdeutschen Bürgerrechtler zur verantwortungsbewussten illusionslosen Bürgern des Rechtsstaates.

Die Geschichte hat sie aber überholt und die von den meisten Deutschen unerwartete, zum Teil sogar unerwünschte Wiedervereinigung kam sehr schnell. Im nachhinein wurde den Bürgerrechtlern vorgeworfen, dass sie nicht angemessen reagierten, als das DDR-Regime stürzte und die Macht „auf der Straße“ war, dass sie weder eine Alternative anbieten noch selber die Macht ergreifen konnten, sondern der stürzenden Regierung beistanden und am Ende mit ihr das Schicksal der Absetzung teilten.

Was denken die Bürgerrechtler selber über solche Vorwürfe? Diese und auch andere Fragestellungen werden in einer Vielzahl von Publikationen von ehemaligen

---

wacht auf! Zur Geschichte des politischen Umbruchs 1989 in Rostock, S. 108, zitiert nach Probst, S. 89.

5 Die Vertreter der neuen politischen Vereinigungen (*Demokratischer Aufbruch* (DA), *Initiative für Frieden und Menschenrechte* (IFM), Grüne Partei, *Neues Forum* (NF), *Demokratie Jetzt* (DJ), *Sozialdemokratische Partei der DDR* (SDP) und (*Initiative für eine Vereinigte Linke* (VL)) und der Blockparteien (*Liberal-Demokratische Partei Deutschlands* (LDPD), *National Demokratische Partei Deutschlands* (NDPD), *Demokratische Bauernpartei Deutschlands* (DBD), CDU und *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* (SED)) hatten entschieden, am Runden Tisch teilzunehmen. In der ersten Sitzung am 7. Dezember wurde die Stimmrecht-Parität durch den *Unabhängigen Frauenverband* (UFV) und den *Freier Deutscher Gewerkschaftsbund* (FDGB) erweitert sowie in der zweiten Sitzung durch die Vereinigung der Gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) und die Grüne Liga. Seit der 7. Sitzung hatte der Vertreter der *Domovina* für die Sorben Stimmrecht. Vgl. Thomas Klein: Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung. In: Bernd Gehrke/ Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster, 1999, S. 222-243.

DDR-Bürgern in den späten 90er Jahren aufgegriffen. Man hat mit der Zeit Abstand von der Vergangenheit gewonnen und sich mit deren Aufarbeitung beschäftigt, teils geht es um die Rechtfertigung und Verharmlosung der eigenen Biographie, teils um Reue und die Analyse einer verpassten Chance.<sup>6</sup>

Bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit nehmen die Bürgerrechtler eine Sonderstellung ein, was ihnen bisweilen Hass und Ablehnung einbringt. Im Vergleich zur entpolitisierten Bevölkerungsmehrheit, die „eigentlich nur in die Defensive gehen (kann), wenn nach dem früheren Dasein, seinen Rollen und Entscheidungen gefragt wird“<sup>7</sup>, brauchen sie keine Rechtfertigung und Selbstvergewisserung. Im Vergleich zu den meisten Bundesbürgern sind sie im Stande, aus den eigenen Erfahrungen ein historisches Urteil über die DDR abzugeben und die Gegenwart zu relativieren.

Was das Verhältnis der Bürgerrechtler zur DDR am deutlichsten von der Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung unterscheidet, ist, wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung, ihre Ablehnung der ‘Ostalgie’ (Osten + Nostalgie). Unter ihnen gibt es viele Opfer, die wegen ihres Einsatzes in der Opposition privat und beruflich benachteiligt waren und heute noch in schwierigen Verhältnissen leben, die aber die Wiedervereinigung für eine Leistung und Entwicklung halten. Sie lehnen es entschieden ab, aus Opposition gegen die gegenwärtigen Verhältnisse der neuen Bundesrepublik die Vergangenheit nachträglich zu vergolden. Sie erinnern sich an die bedrückende Stimmung und den Unmut in einer Gesellschaft, in der man nur mit „Lippenbekenntnissen“ auskommen konnte, an die Korruption der Regierung und auch an die systematische Überwachung und Unterdrückung der Oppositionellen, wie z. B. durch die berüchtigten MfS-Zersetzungsmaßnahmen.

Aus solchem Verhalten darf nicht geschlossen werden, dass sie von Anfang an die Wiedervereinigung als Ziel gesehen haben oder mit dem Verlauf nach der Wende

---

6 Vgl. u. a. die Sammelbände von Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau (wie Anm. 4) und von Eckhard Jesse: Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz, die gemeinsam rückblickend die Bürgerbewegung behandeln und dabei weit entfernte Einstellungen vertreten.

7 Bohley, S. 102

zufrieden wären. Bekanntlich stellte ein „Reformierter Sozialismus“ für viele Bürgerrechtler das Ziel ihrer oppositionellen Einsätze dar, bis die Forderung auf die sofortige Wiedervereinigung „um jeden Preis“ in der Öffentlichkeit die Oberhand gewann.

In seiner Auseinandersetzung mit den Vorwürfen zu dem Verlauf der Revolution und der Rolle der Bürgerbewegung zieht Jens Reich Bilanz: „Wir haben das erreicht, was zu erstreben wir einig waren: Demokratisierung, freie Wahlen, Ablösung der SED-Herrschaft, Aufbruch aus dem Schneckenhaus privater Passivität und aus Disziplin und Langeweile, Öffnung des Käfigs ... Wir haben das nicht erreicht, worüber wir gespalten waren... Ich bin zwar nicht zufrieden; aber die DDR ... die möchte ich nicht wiederhaben.“<sup>8</sup> Die neuen Probleme im neuen Jahrhundert würde er gern seinen Kindern und Enkelkindern ohne Mauer und ohne Mauerkrankheit überlassen.<sup>9</sup>

Die Frage, ob die Bürgerrechtler in der erstrebten Demokratie angekommen sind, kann nur ambivalent beantwortet werden. Einerseits sind sie darin einig, dass sie zur Demokratisierung ihrer Gesellschaft maßgebend beigetragen haben. Andererseits kamen sie ohne Illusion zur Einsicht, dass der Prozeß der Demokratisierung viel zu wünschen übriglässt, dass der Weg zur inneren Wiedervereinigung länger ist und die wirkliche Einheit beider Teile Deutschlands noch aussteht. Lag der Schwerpunkt vorher auf Demokratie und Freiheit, geht es heute mehr um die soziale Frage der Verteilung und das Grundrecht auf Arbeit. Auf dem weiteren Weg zur wirklichen Einheit und zur Demokratisierung möchten sie aus ihren Erfahrungen sowohl des Erfolgs als auch des Scheiterns ihren Beitrag leisten. Darum wird es im nächsten Abschnitt gehen.

---

8 Jens Reich: Revolution in der DDR - und zehn Jahre danach. In: Wir sind das Volk?: ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende: Andrea Pabst ... (Hg.) Mit Beitr. von Michael Beleites ..., Tübingen 2001, S. 46f.

9 Jens Reich, S. 47.

## II. Auf verschiedenen Wegen

Ist die Bürgerbewegung von der Bühne der Geschichte spurlos verschwunden? Wird sie mit ihren prominenten Vertretern in Vitrinen des Geschichtsmuseums ausgestellt, die nur als Interviewpartner und Zeuge von „damals“ ab und zu für Medienrummel sorgen?

Aber eine voreilige Erklärung ihres Endes kann der Einseitigkeit oder einer Verschwörung verdächtig sein. Da spiegeln sich manchmal die Enttäuschung und das Mißtrauen seitens der Westlinken, der Unmut der Ostdeutschen oder die Vernachlässigung der DDR-Bürgerbewegung durch die meisten Westdeutschen wider. Man möchte die Bürgerbewegung lieber als einen abgeschlossenen Teil der Geschichte historisieren und sie vom Entwerfen eines Zukunftsbildes ausschließen.

Demgegenüber stehen die Bemühungen der Bürgerrechtler, das politische Erbe der Bürgerbewegung fortzuentwickeln und sich einzumischen: „So wollen wir auch die utopischen Potentiale der neunundachtziger Demokratiebewegung in Erinnerung rufen... sie wird ein historischer *Vorgang* (Hervorhebung von Vf.) bleiben, auf den sich große gesellschaftliche Auseinandersetzungen künftig stets beziehen müssen.“<sup>10</sup> Ein Buch ist sogar provokativ mit „Wir mischen uns ein!“ betitelt.<sup>11</sup>

Trotz der ungünstigen Bedingungen vor und nach der Wende ist es aber vielen Bürgerrechtlern gelungen, sich einen Platz zu erobern. Bürgerrechtler bestimmen die Geisteslandschaft Gesamtdeutschlands mit, wenn sie auch zu einer Minderheit in Ostdeutschland gehören. Durch ihre Publikationen und ihr politisches Engagement, ob im Bundestag, in Landtagen oder in Landkreisen und Kommunen, befassen sie sich mit dem gesamten Spektrum politischer Themen.

Als renommierte Politiker, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler usw. beteiligen sich viele Bürgerrechtler an den sozialen und politischen Diskursen und versuchen dabei, dort ihre speziellen Anliegen einzubringen. Sie diagnostizieren trotz der

---

<sup>10</sup> Gehrke/ Rüdtenklau, S. 19.

<sup>11</sup> Bärbel Bohley (wie Anm. 3)

politischen Wiedervereinigung in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein Fortleben der ehemaligen Strukturen und engagieren sich in verschiedenen Initiativen und Vereinigungen, die die Verwirklichung der demokratischen, bürgerlichen Werte anstreben.<sup>12</sup> Die Aktivitäten zu zahlreichen gesellschaftlichen Spezialthemen und die europaweite und internationale Zusammenarbeit zeigen die Kontinuität politischen Denkens und Handelns ehemaliger DDR-Oppositioneller in die Gegenwart hinein.

Die meisten Bürgerrechtler protestieren gegen den schonenden Umgang mit den Verantwortlichen der Unterdrückung in der DDR und gegen die Verjährung von politisch motivierten Straftaten. Sie bestehen entschlossen auf der Aufklärung und Verfolgung von politischem DDR-Unrecht. Ihren Kampf gegen den Täterschutz begründen sie mit dem Sonderweg der deutschen Geschichte, nämlich der zweimaligen Diktaturenerfahrung.

Die entschiedenste Position in dieser Frage vertritt wahrscheinlich die Gruppe um Bärbel Bohley und Ebert Neubert, die keinen Streit mit denen, die auf Amnestie, Straffreiheit oder den milderen Umgang bestehen, scheut, seien sie PDS-Politiker oder andere Bürgerrechtler: „Diktaturen sind keine Naturkatastrophe, sondern werden von Menschen gemacht, die man zur Verantwortung ziehen kann und muß.“<sup>13</sup> Sie stellen aber fest, dass Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR die gesellschaftliche Integration von Tätern vollzogen ist, während die Rehabilitierung von Opfern der systematischen Unterdrückung halbherzig behandelt wurde. In der bürgerrechtlichen Tradition hat Bohley am 17. Juni 1996 u. a. mit Helmut Kohl, Rudolph Scharping und Wolf Biermann das „Bürgerbüro e. V. - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ gegründet,

Nicht zuletzt aus Protest gegen die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), die Nachfolgepartei der SED, die sich als legitime Vertreterin der Interessen der Ostdeutschen versteht, und gegen jegliche Form der Zusammenarbeit mit dieser

---

12 Nur um einige Beispiel zu nennen, in der Tradition der Bürgerbewegung stehen „Bürgerbüro e. V.“, Initiative „Schul-Speisung“ für die Demokratisierung der Schulen, „Koalition für Rückkehr“ für Flüchtlinge und Vertriebenen und Dachprojekt „Dächer für alle“ für Rückkehrer im Kriegs- bzw. Konfliktgebiet.

13 Bärbel Bohley: Zur Verjährung. In: Focus, 28. 3. 1995, zitiert nach Bohley S. 108.

postkommunistischen Partei und die „Delegitimationsstrategien gegenüber der deutschen Einheit“ erklärten am 17. Dezember 1996 sieben Bürgerrechtler ihren Ein- bzw. Übertritt zur CDU.<sup>14</sup>

Es gibt aber Bürgerrechtler, denen es mehr an die gemeinsame Zukunft liegt als an der konsequenten Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese Position vertritt u. a. Richard Schröder, der sich für eine Verjährung aussprach, oder Sozialdemokraten wie Edelbert Richter und Friedrich Schorlemmer, die 1997 die „Erfurter Erklärung“ unterzeichneten, die zu einer gesellschaftlichen Bewegung, einem Bündnis für soziale Demokratie und für den notwendigen politischen Wechsel die Zusammenarbeit mit der PDS nicht ausschloß. Schorlemmer schlug eine Amnestie zum 9. Oktober 1999 vor und erntete „einen noch nie dagewesenen Haß“.<sup>15</sup>

Der Unzufriedenheit und dem Kampf der Bürgerrechtler wegen dem halbherzigen Umgang mit den Verbrechen und Schaden aus der DDR-Zeit steht die Kritik an der Ungerechtigkeit bei der Vergangenheitsbewältigung in beiden Teilen Deutschlands gegenüber, die hauptsächlich von dem linken Flügel der Bürgerbewegung vertreten wird, der sich parteipolitisch eher der PDS nahe steht. Die weit verbreiteten Schemata von dem gebenden, sich opfernden Westen und dem nehmenden, nicht dankbaren Osten, von der freiwilligen, individuellen Westmentalität und der passiven, unmündigen Ostmentalität mit kommunistischer Vergangenheit lehnen diese Vertreter strikt ab und versuchen, durch ihre Erinnerung an die positiven Erfahrungen in der DDR das verzerrte Ostbild zu korrigieren. Sie machen auf den Verlust des positiven Erbes aus der DDR und die Einseitigkeit während und nach der Wende aufmerksam, wie der Prozeß durch und durch zugunsten der Westdeutschen verlaufen ist. Schließlich stellen sie in Frage, ob der Westen berechtigt ist, sich mit der Vergangenheit der DDR auseinander zu setzen, die Ostdeutschen anzuschuldigen und zu bestrafen, wenn er selber seine faschistische Vergangenheit nicht bewältigt hat. Daniela Dahn, eine der schärfsten PolemikerInnen, beurteilt die Bundesrepublik aufgrund ihrer in ihren Augen unzähligen demokratiewidrigen Aktionen,

---

14 Vgl. Markus Derling, Günter Nooke, Angelika Barbe, Wolfgang Kupke, Hildigund und Ehrhart Neubert sowie Vera Lengsfeld. Bärbel Bohley: S. 137f.

15 Vgl. Jesse, S. 225-236.

der permanenten Verletzungen der sozialen Menschenrechte und nicht zuletzt der „Vereinigungsskriminalität“ als „Unrechtsstaat“ und fordert: „Liebe Westdeutsche ... Diese Unaufrichtigkeit ist die Hauptquelle für das, was ihr Osttrotz nennt. Wir haben uns zu unseren Defiziten bekannt, indem wir dank einer wirkungsvollen Mixtur aus Reflexion und Aktion die Wende herbeigeführt haben. Bekennt euch zu euren Defiziten wenigstens verbal.“<sup>16</sup>

Diese kritische Position kann als ein Ausgleichsversuch verstanden werden, die Diskriminierung in der gesellschaftlichen Entwicklung durch einen Gegenstoß zu korrigieren. Sie spiegelt die allgemeine Stimmung in Ostdeutschland wider und kümmert sich um die verwundete Ostseele. Aber außer dem Zweifel an die Legitimität der PDS als Repräsentantin der Ostdeutschen gibt es wiederum Kritik, dass die Postkommunisten den Konflikt zwischen „Ossis“ und „Wessis“ übertreiben und politisch ausnutzen.

### III. Porträts

Mit der kurzen Vorstellung der Laufbahnen von drei Repräsentanten ist beabsichtigt, die verschiedenen Wege der Bürgerrechtler nach der Wende konkreter vor Augen zu führen. Bei der Auswahl ging es darum, möglichst verschiedene Formen des Werdegangs und heutigen Engagements zu zeigen, die aus einer Wurzel der Bürgerbewegung heranwuchsen.

Bärbel Bohley, Jens Reich und Wolfgang Thierse verbindet die Mitgliedschaft im Neuen Forum (NF) während der Wende. Während Bohley und Reich als Mitbegründer eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, war Thierse nur kurz Mitglied.

Das Leben von Bärbel Bohley ist vom ständigen Widerstand und Streit geprägt. 1945 in Berlin geboren, war sie ab 1974 als freischaffende Malerin in Ost-Berlin tätig. Wegen ihrer Aktivitäten als erklärte Pazifistin u. a. für das unabhängige Netzwerk „Frauen für

---

<sup>16</sup> Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen - Vom Unbehagen in der Einheit. S. 196f.



그림 1 Jens Reich und Bärbel Bohley

die Frieden“ und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ wurde sie in den 80er Jahren verhaftet und verfolgt. 1988 wurde sie bei einer Demonstration verhaftet und für sechs Monate aus der DDR abgeschoben. Sie war Mitbegründerin der Bürgerbewegung Neues Forum (NF) und vertrat es am Runden Tisch. In der Anfangsphase nach der Wende vertrat sie entschieden die basisdemokratischen

Konzepte und war gegen die Fusion der Bürgerbewegung.

Besonders in der Frage der Aufarbeitung der SED-Diktatur ist sie kompromisslos. Sie beschuldigte den PDS-Gruppenchef im Bundestag Gregor Gysi mehrmals als „Stasi-Spitzel“. 1996 wurde sie Gründungsmitglied des Vereins „Bürgerbüro e. V.“ in Berlin. Sie setzt sich für die Friedens- und Frauenbewegung ein. 1999 endet ihr EU-Mandat als EU-Beauftragte in Sarajevo für die Rückkehr von Flüchtlingen und den Wiederaufbau der Bürgerkriegsgebiete.

Jens Reich, 1939 in Göttingen geboren, war seit 1968 Wissenschaftler an einem Institut für Molekularbiologie in Berlin und seit 1980 Professor für Biomathematik. Bereits seit Ende der 60er Jahren nahm er an dem privaten „Freitagskreis“, der aus rund 30 Oppositionellen bestand, teil, 1984 verweigerte er sich, in eine der Blockparteien einzutreten. Unter dem Pseudonym „Thomas Asperger“ veröffentlichte er kritische Analysen der DDR im Westen. Im September 1989 begründete er das NF mit und wurde 1990 Abgeordneter der Volkskammer für das Neue Forum. Im Mai 1994 kandidierte er parteiunabhängig für das Bundespräsidentenamt, um „den Ostdeutschen ein Signal (zu) geben“.<sup>17</sup>

Er gibt als Motivation seines oppositionellen Engagements seine Enttäuschung von 1968 an, als sich die DDR-Regierung für den Einmarsch in Prag entschieden hatte. Als Molekularbiologe, Arzt und Bürgerrechtler hatte er einen guten Ruf - „der

---

17 Bohley S. 112f.

Vorzeige-Professor der Opposition“ -, und auch nach dem Rückzug aus der Politik führt er durch Publikationen und öffentliche Diskussionen seinen bürgerrechtlichen Einsatz fort. 1997 wurde er Gründungsmitglied des von Günter Grass und Egon Bahr initiierten „Willy-Brandt-Kreises“ in Berlin. 2001 wurde Reich im Verlauf der von ihm mit hohem Engagement mitgeführten Diskussion um die Gefahren der Genforschung und ihrer Anwendungsrisiken in den Nationalen Ethik-Rat berufen. Seine Position stellt die „politische Mitte“ dar, als Sozialdemokrat hält er Kontakt zur SPD und den Bündnisgrünen und hat außerdem keine Berührungsängste mit der PDS.

Wolfgang Thierse, 1943 in Breslau geboren, wurde während des Studiums der Kulturwissenschaft und Germanistik Mitglied der katholischen Studentengemeinde. Nachdem sich Thierse 1976 am Protest gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann beteiligt hat, verlor er seine Stellung im Kulturministerium und wurde weiterhin von der Stasi überwacht. Im Oktober 1989 wurde er Mitglied des Neuen Forums, aber im Januar 1990 trat er in die SPD der DDR ein und wurde nach dem Zusammenschluß der SPD der Bundesrepublik Deutschland und der SPD der DDR zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gewählt. Vom Anfang an hat er sich für die Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt. Seit 26. Oktober 1998 ist er Bundestagspräsident. Fast als Einziger spielt er als ein „Herbstrevolutionärer“ eine große Rolle in der neuen Berliner Republik und er meint selber, dass seine Wahl mehr als eine Geste sei, da nun erstmals ein Bürger der früheren DDR das zweithöchste Amt im Staat bekleidet. Als einer der „SPD-Linken“ setzt er sich gegen rücksichtslose Globalisierung und Arbeitslosigkeit und für den Schutz der Umwelt ein.

Sein Leben fasst er folgendermassen zusammen: „Mein Leben war eine ständige Minderheitserfahrung: als Katholik unter lauter Protestanten, als hochdeutsch Sprechender unter lauter Südhüringern, als Parteiloser unter lauter SED-Genossen, als Oppositionspolitiker unter Helmut Kohl - seit dem 27. September 1998 gehöre ich erstmals einer Mehrheit an.“<sup>18</sup>



그림 2 Wolfgang Thierse

## Abschließend

Die Bürgerbewegung und ihr Einfluss auf die Gesellschaft, wie er während der Wendezeit zum Vorschein kam, ist nicht mehr vorhanden. Zwar konnten sich die Bürgerrechtler trotz ihrer Vielfalt für ihr gemeinsames Ziel als politische Kraft mobilisieren, aber die Vielfalt hat sie wiederum vereinzelt und verhindert, sich nach der Wende als eine bundesweit wirkende, zukunftssträchtige politische Instanz zusammenzusetzen.

Dass sie den neuen Verhältnissen nach der Wiedervereinigung, dem Rechtsstaat und dem kapitalistischen System nicht gerecht werden konnte, dass sie nicht in der Lage war, eine Alternative zu bieten oder sich reibungslos der westlichen Bürgerbewegung anzuschließen, ist zum Teil auf „kulturelle Milieuunterschiede“ zurückzuführen; auf die anderen politischen und kulturellen Voraussetzungen, unter denen die Bürgerrechtler in die DDR sozialisiert wurden.

Es bleiben aber ihr Potential und die „Erfahrung des Überlebenskönnens und Wirksamwerdens von Minderheiten“, die in der Gegenwart gefordert sind: „Gerade in Krisenzeiten braucht die Demokratie Bürgerinnen und Bürger, die ‘schmack an der Freiheit‘ haben, freiwillige Vereinigungen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, Bürgerinitiativen, die gemeinwohlorientiert handeln.“<sup>19</sup> Die Bemühungen der ehemaligen Bürgerrechtler, den neuen Bedingungen und Herausforderungen gerecht zu werden und sich für die Erfüllung der demokratischen Grundwerte einzumischen, stellen einen Bestandteil des vielfältigen Gesellschaftsbildes des vereinigten Deutschlands dar und weisen auf die gemeinsame Zukunft hin.

---

18 Wolfgang Thierse in seiner Biographie (1999), zitiert nach <http://www.zzf-pdm.de/archiv/gforum/sektionen/thbio.html>

19 Lothar Probst, S. 93: Vgl. Die gegenwärtigen, bundesweiten Aktionen gegen den Sozialabbau durch Hartz IV und gegen Agenda 2010 setzen sich unter dem Namen „Montagsdemo“ zusammen, was die symbolische Bedeutung der DDR-Bürgerbewegung und im gewissen Sinne die innere Kontinuität zeigt.

## Literaturverzeichnis

- Bohley, Bärbel: Kein Anlass zum Jubel, zum Jammern kein Grund. In: Diepgen, Eberhard (Hg.): Deutsche Einheit. Gedanken, Einsichten und Perspektiven, Berlin 2000, S. 44-55.
- Bohley, Bärbel/ Neubert, Ehrhart: Wir mischen uns ein. Ideen für eine gemeinsame Zukunft. Freiburg, Basel. Wien 1998.
- Dahn, Daniela: Westwärts und nicht vergessen - Vom Unbehagen in der Einheit, Reinbek bei Hamburg 1997.
- Diepgen, Eberhard (Hg.): Deutsche Einheit. Gedanken, Einsichten und Perspektiven, Berlin 2000.
- Gehrke, Bernd/ Rüddenklau, Wolfgang (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster, 1999.
- Jesse, Eckhard: Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2000.
- Klein, Thomas: Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung. In: Bernd Gehrke/ Wolfgang Rüddenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999, S. 222-243.
- Neubert, Ehrhart: Lust an der Freiheit. In: Eberhard Diepgen (Hg.): Deutsche Einheit. Gedanken, Einsichten und Perspektiven. Jargon Verlag. Berlin 2000, S. 180-189.
- Probst, Lothar: Westdeutsche Reaktionen auf das politische Erbe der ostdeutschen Bürgerbewegungen. In: Wir sind das Volk?: Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende: Andrea Pabst ... (Hg.) Mit Beitr. von Michael Beleites ..., Tübingen 2001, S. 79-95.
- Ders.: Von der Entzauberung des Politischen zur Gestaltung der Demokratie. Innovationspotenziale in Ostdeutschland. In: Wolfgang Gabler (Hg.): Entwürfe fürs neue Jahrtausend. Rostock 2001, S. 4-13.
- Reich, Jens: Revolution in der DDR - und zehn Jahre danach. In: Wir sind das Volk?: ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende: Andrea Pabst ... (Hg.) Mit Beitr. von Michael Beleites ..., Tübingen 2001, S. 31-47.
- Rüddenklau, Wolfgang: Kein leichter Fall. Zum Umgang mit dem Verrat. In: Bernd Gehrke/ ders. (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999, S. 246-254.

<http://www.zzf-pdm.de/archiv/gforum/sektionen/thbio.html>

## 국문요약

### 동독시민운동은 몰락했는가?

- 통일 이후 동독시민운동의 전개양상

이노은 (서울대)

동독의 시민운동은 독일통일을 가능케 한 중요한 원동력이었다. 40여년간 여론 형성의 자유를 경험해보지 못한 동독시민들이 수만 명씩 거리로 쏟아져 나와 사회의 민주화와 자유를 외치며 평화로운 촛불시위를 벌이고, 결국엔 부패하고 무능한 동독정부를 무너뜨릴 수 있었던 배경에는 70, 80년대부터 교회를 중심으로 꾸준하게 평화 및 인권운동을 펼쳐온 시민운동가들의 조직적인 활동과 노력이 있었다.

그러나 동독시민운동의 활약은 오래 지속되지 못했다. 1989년 베를린 장벽이 붕괴된 후 처음 시행된 민주주의 선거에서 시민운동의 공식적 후계자라 할 “시민운동연합”은 겨우 2.9%의 지지만을 얻었던 것이다. 반면 서독의 정당들로부터 자금력과 선거마케팅 전략을 지원받은 동독 사민당, 기민당 등의 정당들은 쉽고 빠른 통일을 공약으로 내세워 동독민심을 장악했고 많은 시민운동가들 역시 이러한 정당에 흡수되었다. 그리하여 통일 이후 동독시민운동은 더 이상 여론을 주도하고 결집하는 단일한 정치세력으로 자리 잡지 못한 채, 현실정치의 무대 밖으로 밀려나고 말았다.

한때 동독의 집권정당을 위협하고 새로운 정치적 대안을 제시했던 시민운동이 왜 그렇게 빠른 속도로 분열된 채 무력해졌을까? 이에 대한 대답을 얻기 위해서는 1989년 가을에 활발했던 시민운동의 특징을 자세히 살펴보아야 한다. 당시의 ‘전환기’를 주도한 동독시민운동은 하나의 통일된 집단이 아니었고, 좌파부터 우파까지, 기독교 교회운동으로부터 사회주의통일당 내부의 개혁파까지 상이한 정치적 성향과 다양한 이력의 인물들을 총망라한 ‘임시’ 운동연합의 형태를 띠고 있

있던 것이다. 그들을 하나로 결집시킨 유일한 요소는 동독 내부의 개혁에 대한 요구였다. 그러나 개혁의 대상이었던 독재정당이 사라지고 예상치 못한 속도로 통일이 이루어지고 난 후, 동독 시민운동가들은 낯선 자본주의와 민주주의 국가체제 안에서 새로운 사회화와 정치화의 과정을 겪어내야 했으며, 그 이후 각자의 정치적 관심과 이해에 따라 서로 다른 정치 노선을 선택하거나, 정치의 영역을 떠나 자신의 직업으로 되돌아갔다. 보수적 성향의 기민당, 사회주의적 사민당, 진보적인 녹색연합당 등 현실정치의 다양한 진영에서 동독시민운동 출신의 인물들이 활동 중이다. 특히 동독과거청산과 관련된 영역에서 동독시민운동가들의 참여가 두드러진다. 환경 및 평화운동, 동유럽과 유고 지역 등의 인권운동을 통해서 뿐만 아니라 언론, 교육, 문화예술 등의 분야에서도 동독출신 운동가들의 사회참여가 계속되고 있다.

동독의 시민운동은 현실적인 정치세력으로 자리 잡지는 못했지만 시민들의 자발적인 사회참여가 한 사회를 근본적으로 변화시키는 원동력이 될 수 있음에 대한 역사의 증인으로서, 또한 현재 독일이 겪고 있는 갈등과 위기를 극복하기 위해 사회가 필요로 하는 건강한 시민의식의 담지자로서 다양한 방식으로 통일 독일의 역사에 참여하고 있다.

**Schlüsselbegriffe: Wiedervereinigung, DDR-Bürgerbewegung, Wende,  
Vergangenheitsbewältigung**

주제어: 독일통일, 동독시민운동, 전환기, 과거청산

필자 E-Mail 주소: noeun@hotmail.com

투고일: 2005. 4. 7 / 심사일: 2005. 5. 14 / 심사완료일: 2005. 5. 28